

Sergio Angel Baquero

Die Verkürzung der Demokratie: Nicht-charismatischer Populismus in Venezuela

Der Populismus und die Demokratie stehen in einer antagonistischen Beziehung zueinander, was in Lateinamerika dazu geführt hat, dass auf verschiedenen Wegen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten die freiheitlich-demokratischen Institutionen immer wieder in Frage gestellt wurden. Der Populismus richtet sich oft an einer charismatischen politischen Führungsfigur auf. Es stellt sich daher die Frage was passiert, wenn ein nicht-charismatischer Staatspräsident den Weg des Populismus geht. Am Beispiel des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro (seit 2013) soll die Gestalt eines nicht-charismatischen Populisten nachgezeichnet werden. Die Analyse zieht den Vorgänger von Maduro, Hugo Chávez (1999-2013), als Gegenbeispiel für einen charismatischen Populisten zu einem Vergleich der Charakteristika beider Modelle heran und beschreibt so die Entwicklung des Populismus in Venezuela seit dem Beginn der Bolivarischen Revolution.

Schlagwörter:

Chávez - Maduro - Venezuela - charismatischer Populismus - Demokratie - Lateinamerika - politischer Wandel Venezuela - Bolivarismus

Die Verkürzung der Demokratie: Nicht-charismatischer Populismus in Venezuela

|| Sergio Angel Baquero

Der Politologe Kurt Weyland vertritt die These, dass man von populistischer Politik sprechen kann, wenn ein politischer Führer die Regierungsgeschäfte auf Grundlage einer breiten Gefolgschaft ausübt.¹ Dies öffnet dann die Tür dafür, strategische Referenden wie Volksabstimmungen, politische Märsche und Versammlungen als Mittel einzusetzen, um den Rückhalt in der Bevölkerung aufzuzeigen, was zugleich ein Merkmal dieser Regierungen ist. Und es sind eben diese Mechanismen, welche die politischen Führer dazu nutzen, ihre Spielräume im politischen System zu erweitern, ihren politischen Egoismus durchzusetzen und zugleich die Handlungsspielräume für die Opposition einzuschränken.

Die permanente Aktivierung der Wahlbevölkerung und der politischen Basisorganisationen sind nicht die einzigen Grundlagen des Populismus, denn gänzlich jenseits der Betrachtung als Ausdruck eines krankenden politischen Systems könnte dies auch als eine Form von *Accountability* oder Rechenschaftslegung und somit positiv interpretiert werden. Als Populismus hingegen können diese Handlungsweisen gesehen werden, wenn weitere Faktoren hinzukommen, die einen eindeutigen Beigeschmack haben: So beispielsweise Strategien, die eine Unterscheidung zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“ schaffen; das gezielte Streben nach einem Bruch der bestehenden Ordnung in Verbindung mit illusorischen Versprechen hinsichtlich Veränderungen; die Nutzung redistributiver Politiken aus

wahltaktischen Gründen oder nicht zuletzt die permanente Nutzung von Strategien zur verbalen Ansprache der Bürger.²

Auch wenn Demokratie und Populismus durch die Geschichte immer wieder vereint wurden und denselben Weg genommen haben, unterscheiden sie sich deutlich. Mit Blick auf den Faktor Zeit ist es so, dass während die Demokratie den Weg über die Institutionen geht und daher bisweilen längere Zeiträume benötigt um politische Maßnahmen zu beschließen und umzusetzen, geht der Populismus einen unmittelbaren, verkürzten Weg, der kurzfristigen Wandel und schnelle Veränderungen verspricht, die unmittelbar und deutlich von der Wahlbevölkerung spürbar sind. Der wohl größte Unterschied liegt jedoch im Verhältnis des Populismus zu den Institutionen, denn eine freiheitliche Demokratie baut auf politische Parteien, Gewaltentrennung und Pluralismus, während der Populismus durch seine direkte Beziehung mit den Bürgern über die Institutionen hinweg geht, dabei die Parteien und die Unabhängigkeit der Staatsgewalten überspringt und seine Kraft auf die Verfolgung der Opposition richtet.

Dieser Unterschied ist allerdings oft nicht in dieser Klarheit zu erkennen und, mehr noch, oft erscheint es so, dass der Populismus durch die Einbindung marginalisierter Gruppen und die Neuinterpretation der politischen Gedankenwelt das Beste der Demokratie in sich vereint. Dies geht in Lateinamerika soweit, dass es ungeachtet vom Wandel der ideologischen Vorzeichen bei Regierungswechseln von links nach rechts

und umgekehrt der Populismus als ein vereinendes Element oder gar roter Faden betrachtet werden kann. Dies ist beispielsweise der Fall bei Regierungen wie die von Carlos Menem in Argentinien und Alberto Fujimori in Peru in den 1990er Jahren, die neoliberalen Vorstellungen folgten, ganz anders also als die „klassischen“ Populisten, aber wiederum auch anders als die populistischen Regierungen der „neuen Welle“ von Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador, Christina Kirchner in Argentinien und Evo Morales in Bolivien.³ Dies zeigt, dass der Populismus keine bestimmte politische Ideologie verfolgt, sondern von ganz unterschiedlichen Bewegungen als Waffe eingesetzt wird und dieser sich wie ein historisches Pendel den Gefühlen der Wählerschaft anpasst.

Lateinamerika war in diesem Sinne stets eine Brutstätte für populistische Regierungen – dies auch aufgrund der in der Region vorherrschenden sozialen und ökonomischen Bedingungen. Armut und Ungleichheit, aber auch die historisch betrachtet schon immer marginalisierten Gesellschaftsgruppen und die von der Politik weit entfernten Minderheiten, sind der Treibstoff zur Nutzung des historischen Erbes des traditionellen Politiker-Ideals des *Caudillos*, eines starken politischen Anführers, der sich mit dem Volk verbündet und über demokratischen Institutionen und vor allem die Justiz hinwegsetzt. Und auch wenn man Lateinamerika nicht als einzigen geographischen Raum betrachten kann, in dem sich das Phänomen Populismus entwickelt hat, so bleibt die Region doch ein idealer Nährboden für dessen Entstehung, Entwicklung und Verbreitung.

Es lässt sich bis hierin festhalten, dass der Populismus einen starken Personenbezug, einen anti-institutionellen und anti-demokratischen Charakter hat. Es stellt sich als nächstes die Frage, wie es sich mit dem Charisma des politischen Führers verhält. Ist es denkbar sich im Sinne des Populismus über die Institutionen zu erheben, ohne ein

charismatischer Führer zu sein? Für Weyland ist Charisma ein Charaktermerkmal der populistischen Führer, aber es ist nicht unabdingbare Voraussetzung für den Populismus.⁴ Präsident Fujimori in Peru genoss als populistischer Politiker große Popularität, dies jedoch wegen seiner Politik der harten Hand und nicht wegen seines Charismas oder eines besonderen Drahts zu den Menschen.

Komplizierter wird die Betrachtung, wenn es sich um einen Prozess der Machtübergabe handelt wie dies in Venezuela anlässlich des Todes von Präsident Hugo Chávez im Jahr 2013 der Fall war. Chávez war ein politischer Führer, der sehr populär war, was sich nicht zuletzt auf sein Charisma zurückführen ließ. Sein Nachfolger Nicolás Maduro ist weit davon entfernt ein charismatischer politischer Führer zu sein – auch wenn er den politischen Diskurs, die Rhetorik sowie Gestik und Mimik seinen Lehrmeisters imitiert. Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden am Beispiel Venezuelas die Merkmale und Besonderheiten beim Übergang von einem charismatischen zu einem nicht-charismatischen populistischen Führer aufgezeigt werden.

Populismus der Zahlen vs. Verdunklung der Statistiken

Der Wahlerfolg von Hugo Chávez und dessen Übernahme des Präsidentenamts im Februar 1999 zeigt zwei Präzedenzfälle für den Übergang von einer demokratischen, aber delegitimierten Regierung zu einer populistischen Regierung mit einem hohen Polarisierungsfaktor: Der erste hat mit dem Charakter des politischen Führers zu tun. Denn neben der Tatsache, dass Chávez ehemals Offizier und daher ein politischer *Outsider* war, hatte er im Februar 1992 einen Militärputsch gegen den damaligen Präsidenten Carlos Andrés Pérez angeführt. Der zweite hat damit zu tun, dass Chávez während des Akts zu seiner Vereidigung vor den Augen und Ohren des Landes die damals gültige Verfassung aus dem Jahr 1961 als

eine „im Sterben liegende“ Verfassung bezeichnete.

Chávez sendete so pauschal negative und zugleich undifferenzierte Signale: Zum einen die gänzliche Ausblendung der Bedeutung und des historischen Kontexts der angesprochenen Verfassung, mit welcher in Gestalt der sogenannten Vierten Republik ab dem Jahr 1958 die Wiederherstellung und dann Stabilisierung der Demokratie nach der Diktatur von Marcos Pérez Jiménez gelang. Es ist zum Verständnis der Zusammenhänge notwendig an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass das Ende dieser Diktatur mit dem Vertrag von Puntofijo in die Etablierung einer Zwei-Parteiendemokratie mündete, wobei im Rotationsverfahren für vier Jahrzehnte stets eine der beiden traditionellen Parteien COPEI und Acción Democrática, die eine christlich-sozial, die andere sozialdemokratisch ausgerichtet, die Alleinregierung stellte. Die zweite Botschaft Chavez' war die warnende Ankündigung eines grundlegenden politischen Wandels in Form einer neuen Verfassung und eines grundlegend neuen Abschnitts der venezolanischen Demokratie, der späteren Fünften Republik.

Dies alles waren Warnsignale für einen neuen Populismus, der nicht nur einen Wandel für Venezuela brachte, sondern einen Linksrutsch in Lateinamerika einleitete. Unter der Fahne des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ und der Wiederauferstehung des Bolivarismus – also der Überhöhung von Simón Bolívar, dem in Caracas geborenen Befreier des nördlichen Teils von Südamerika von der spanischen Kolonialherrschaft und ersten Präsidenten der damals zeitweise vereinten Länder Venezuela, Kolumbien und Ecuador – suchte Hugo Chávez eine Ausweitung seines Einflusses und seiner Macht, indem er eine neue Form von Diplomatie kreierte, welche die Beseitigung der Hegemonie der USA in der Region zum Ziel hatte. Im Land selbst fand das politische Projekt von Chávez eine sozio-ökonomische Situation der 1980er und 90er Jahre vor, die dieses begünstigte: Gefallene Ölpreise, neo-

liberale Reformen in Verbindung mit einer Diskreditierung der Parteien des Vertrages von Puntofijo und der Legitimationsverlust der traditionellen Eliten.

All dies trug dazu bei, dass der neue Präsident an die Macht kam und in Folge eine neue Verfassung schuf. Möglich war dies aber nur durch ein weiteres entscheidendes Element: Den Ruf und die Berühmtheit, die Chávez dadurch erlangt hatte, dass er im Februar 1992 einen Putschversuch gegen den damals amtierenden Präsidenten Pérez anführte. Anders formuliert, die Rahmenbedingungen ebneten den Weg für eine neue, die Fünfte Republik. Diese wurde aber erst durch die charismatische Führung von Chávez zu einer Realität in der letzterer schließlich von Wahl zu Wahl mehr Anhänger gewinnen konnte. In diesem Sinne kann die Außendarstellung von Handlungen und Ergebnissen das Image des tatkräftigen politischen Führers in der Öffentlichkeit verstärken.

Das Interesse, Ergebnisse öffentlich zu machen nutzt einer populistischen Regierung jedoch nur dann, wenn die Statistiken positive Ergebnisse des Regierungshandelns liefern, was für eine solche Regierung auf zwei Wegen geschehen kann: Auf einer Seite die Manipulation von Statistiken um politische Zielwerte zu erreichen, und, auf der anderen Seite die Nutzung von *Policies*, die kurzfristig spürbare Wirkungen erzielen und so eine unmittelbare Auswirkung auf die Wählerschaft haben. Dabei sind die Wirkungen jedoch in der Regel nicht längerfristig aufrechtzuerhalten und somit nicht nachhaltig. Dies sind zugleich die zwei wesentlichen Wege, welche die Regierung Chávez beschritten hat. Hinzu kam ein historischer Glücksfall: Die gut zehn Jahre andauernde Erdölbonanza ab der Jahrtausendwende. Die hohen und beständig steigenden Preise sorgten für ausreichende Deviseneinnahmen um über lange Zeit Sozialprogramme aufzulegen, welche in der Tat die Lebensbedingungen der ärmeren Teile der Bevölkerung zu verbessern vermochten.

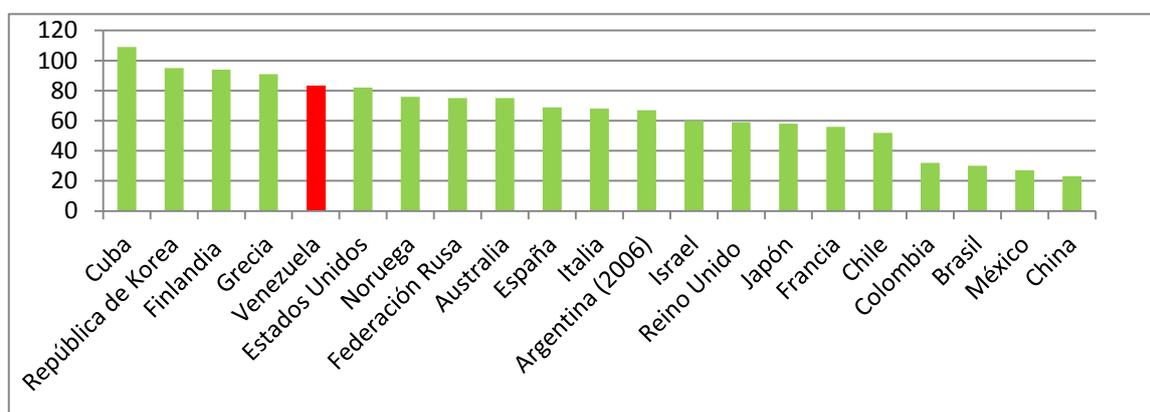
Laut dem Politologen Andrés Otálvaro waren die als *Misiones* bezeichneten Sozialprogramme als kurzfristige Notfallprogramme gedacht, um auf die Krise zu reagieren, in der sich die venezolanische Gesellschaft in dieser Zeit befand. Doch schnell wurden die Programme dann jedoch verstetigt und zum Rückgrat der Sozialpolitik der Regierung Chávez. Dabei entstanden die *Misiones* erst im Jahr 2002 – also im vierten Regierungsjahr – zum Zeitpunkt einer massiven Erschütterung der politischen Landschaft Venezuelas, ausgelöst durch einen von den USA unterstützten Putschversuch der traditionellen Eliten und den längsten Erdölstreik der Geschichte des Landes. Die Sozialprogramme stehen für eine Sozialpolitik, die sich stark von den traditionellen Instrumenten dieses Politikfeldes unterscheidet, indem sie eine klare politisch-ideologische Ausrichtung hat und auf die lokale Gemeinschaft abzielt. Letzterer kommt eine besondere Rolle bei der Planung, Durchführung und Evaluierung dieser Programme zu.⁵

Das erste Programm dieser neuen Sozialpolitik mit populistischem Anstrich war die *Misión Barrio Adentro*, welches darauf abzielte, die staatliche Gesundheitsvorsorge in die Armenviertel zu bringen, indem dort Gesundheitsstationen mit einer Basisausstattung an Medikamenten und der Präsenz von vornehmlich kubanischen Ärzten errichtet wurden. Das Programm wurde durch die Wirkungen, die es in diesen Vierteln zu er-

zielen vermochte, zu einem großen Erfolg und diente zugleich als Modell für weitere Programme in anderen strategisch wichtigen Bereichen, wie Bildung, Ernährung und Landwirtschaft.⁶ Im Bildungsbereich zielten die *Misiones Robinson 1* und *2* auf die Alphabetisierung und die Förderung des Grundschulbesuchs der ärmsten Bevölkerungsteile ab, während die *Misión Ribas* den Besuch weiterführender Schulen und die *Misión Sucre* den Zugang zur Hochschulausbildung förderten.⁷

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Programme als solche ein Erfolg waren, denn neben der Tatsache, dass sie in Rekordzeit positive Ergebnisse brachten, erntete die Regierung damit massenhaft Wählerstimmen. Das führte dazu, dass der politische Diskurs von Chávez zunehmend aggressiver wurde und den gesellschaftlichen Raum in zwei teilte, indem er zwischen der „Oligarchie“, also der traditionellen politischen Klasse und dem Unternehmertum auf der einen, und dem „Volk von Bolívar“, also der von den Sozialprogrammen profitierenden Arbeiter- und Armenklasse auf der anderen Seite, unterschied. Durch all dies gelang es Chávez sein öffentliches Bild in den ärmeren Bevölkerungsschichten progressiv zu steigern und ein besonderes Band zwischen Volk und politischem Führer zu schaffen. Aber, wie bereits ausgeführt, unterscheiden sich Phasen der Demokratie deutlich von Phasen des Populismus und viele der Sozialprogramme zeig-

Grafik 1: Hochschulzugangsrates weltweit (2008-2010, brutto, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung, Ministerio Popular para la Educación Universitaria / UNESCO, Oktober 2010

ten im Zeitverlauf Ergebnisse, die sich als nicht nachhaltig herausstellten.

Der Populismus des Hugo Chávez hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch seine ersten bedeutenden statistischen Erfolge gefeiert und eine überzeugte Anhängerschaft geschaffen, mittels der das politische Projekt nach vorne katapultiert wurde.

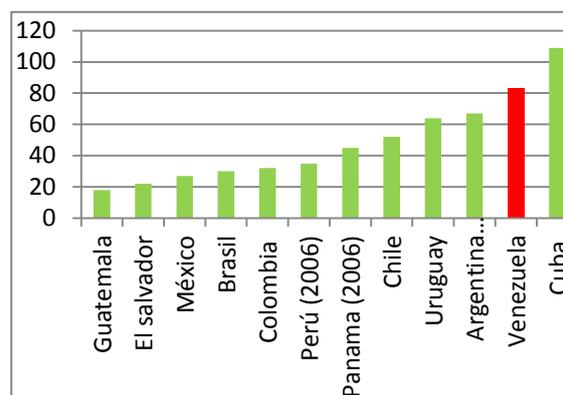
An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass das Bildungsprogramm der Vereinten Nationen UNESCO im Jahr 2005 Venezuela zum Land frei von Analphabetismus erklärte und dieses im Jahr 2008 als das Land mit der lateinamerikaweit zweithöchsten Zugangsrate – nach Kuba – zur Hochschulbildung auszeichnete. Das Ernährungsprogramm der Vereinten Nationen FAO zeichnete Venezuela im Jahr 2012 für seine Erfolge bei der Reduzierung von Armut und Hunger aus und die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik CEPAL wies Venezuela als das Land mit der drittgeringsten Armutsrate in Lateinamerika aus.

Auch wenn die kurzfristigen Resultate der Sozialprogramme beeindruckend sind, zeigt sich der populistische Charakter der *Misiones* in fehlender Kontinuität und institutioneller Einbettung. Der Politologe Andrés Otálvaro identifiziert in seinen Studien gravierende strukturelle Probleme bei deren Umsetzung: Erstens, die beständige Improvisierung und Unstimmigkeiten bei der Steuerung; Zweitens, die fehlende Nachhaltigkeit und der fehlende Zugang zu verlässlichen Daten und Statistiken und die mangelhafte oder nicht existente Aufbereitung und Darstellung der Resultate sowie Drittens, die fehlende Einbettung in einen institutionellen Rahmen, der die Durchführung und den langfristigen Fortbestand garantiert.⁸ Denn es handelt sich bei den *Misiones* um eine Sozialpolitik, die losgelöst von Ministerien beim Staatspräsidenten angesiedelt ist. Die Programme werden vornehmlich von Militärangehörigen verwaltet und gesteuert, ohne dass eine transparente Nachweisführung bezüglich des

Einsatzes dieser immensen Haushaltsmittel besteht.

Auch wenn die offensichtliche Erfolge von Chávez' Sozialpolitik beachtlich sind, ist es so, dass, wie María Cristina Parra und Carmen García Guadilla in ihren Untersuchungen zeigen, alle hinsichtlich der Erfolge bereitgestellten Daten und Statistiken vom Präsidentenamt stammen und dieser daher nicht als valide verifiziert werden können.⁹ ¹⁰ Die UNESCO stützt ihre Bewertungen ausschließlich auf die von der venezolanischen Regierung bereitgestellten, nicht nachvollziehbaren und daher fragwürdigen Daten, und wird so zu einem einfachen Sprachrohr derselben. Eine vergleichbare Situation ist für Kuba festzustellen, wo die Hochschulzugangsrate aufgrund der Einbeziehung von im Land studierenden Ausländern mit mehr als 100 Prozent angegeben wird.

Grafik 2: Hochschulzugangsrate in Lateinamerika (2008-2010, brutto, in Prozent)



Quelle: Eigene Darstellung, Ministerio Popular para la Educación Universitaria / UNESCO, Oktober 2010

Zu ergänzen ist in diesem Zusammenhang, dass die venezolanische Regierung Indikatoren nutzt, die manipulierbar sind. Andere, die nicht genehm sind und das Bild der Regierung beschädigen würden, verschweigt sie hingegen. Dies ist der Fall bei der Frage der Reichweite der Bildungspolitik, denn eine der Ursachen für den Anstieg des Zugangs zur Hochschulbildung ist die Schaffung von Parallelstrukturen mit geringem Qualitätsanspruch. Zu erwähnen ist hier die 2003 zusammen mit der *Misión Sucre* ins Leben gerufene *Universidad Bolivariana*

de Venezuela mit landesweit zwölf Standorten sowie die Reform der *Universidad Nacional Experimental Politécnica de la Fuerza Armada Nacional (UNEFA)*. Die Regierung zeigt hier quantitative Indikatoren für den Hochschulbesuch, ohne qualitative Indikatoren, also die Frage des Niveaus der Hochschulausbildung zu erheben, da dieser gegen die Regierungspolitik sprechen würde. Die genannten Universitäten besitzen mehr den Charakter von politischen Kadernschulen als von Institutionen akademischer Bildung.

Es lässt sich bis hierhin zusammenfassen, dass der charismatische Populismus von Chávez Darstellung bzw. Ausblendung von Indikatoren als politische Strategie nutzte. Es ist offensichtlich, dass sein Nachfolger Nicolás Maduro diese Strategie nicht verfolgt. Warum? Die Antwort ist einfach: Die fehlende Finanzierbarkeit der Sozialprogramme. Die Strategie von Chávez fand Anwendung im Umfeld hoher und immer weiter steigender Erdölpreise. Maduro hingegen sieht sich sehr viel niedrigeren Preisen des Erdöls gegenüber und muss daher angesichts fehlender finanzieller Handlungsspielräume eine andere Strategie anwenden. Wenn sich von Regierungsseite mittels Statistiken keinerlei positive Daten erzeugen lassen, ist es nach dieser Logik ratsam, die Datensätze der Vorjahre nicht mehr zu aktualisieren, internationalen Organisationen keine Daten mehr bereitzustellen und grundsätzlich keine Statistiken mehr zu veröffentlichen. Die Verdunkelung der Statistiken ist eine Antwort auf die Ergebnisse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bolivarianischen Revolution, der es angesichts kurzfristig orientierter populistischer *Policies* nicht gelang, den Erdölboom so zu nutzen, dass genügend finanzielle Reserven für schwierigere Zeiten aufgebaut werden.

Angesichts dieser Situation rettet sich der nicht-charismatische Populismus von Maduro in einen immer radikaleren politischen Diskurs, der auf der einen Seite weiterhin das sozialistische Entwicklungsmo-

dell feiert, und auf der anderen Seite die Opposition verteufelt und als Marionette der USA verunglimpft. Der Chávez eigene Diskurs, der in Schwarz-Weiß-Manier die Gesellschaft in Gut und Böse einteilt, und auf Grundlage dienlicher (Teil-)Statistiken argumentierte, wurde bei Maduro durch einen abstrakten radikalisierten Diskurs, der keine materielle Unterlegung durch Fakten kennt, aber einen stark sanktionierenden und auf Repression gegen Oppositionelle setzenden Charakter hat, abgelöst.

Wahlpopulismus vs. Wahlbetrug

Eines der bedeutendsten Merkmale des Populismus ist die direkte Beziehung zwischen dem politischen Führer und seinen Wählern. Die konstante Befragung der Wahlbevölkerung ist das wichtigste Instrument zur Legitimierung der Regierungspolitik, da es neben einem Sprungbrett zum Überspringen der staatlichen Institutionen als politisches Thermometer zur Messung des Wählerwillens dient. Daher kann das Umfeld und die Frequenz von Wahlen als Referenzpunkt für den Vergleich des charismatischen mit dem nicht-charismatischen Populismus herangezogen werden: Der Erste unterzieht sich mit hoher Frequenz Wahlen, während der Zweite diesen ausweicht und diejenigen, die doch durchgeführt werden, hinsichtlich der Authentizität der Ergebnisse als fragwürdig charakterisiert werden müssen.

Seit dem Wahlerfolg 1998, der Chávez ins Präsidentenamt brachte und die Bolivarianische Revolution einleitete, bis zu den Regionalwahlen im Dezember 2012, bei denen er sich bereits zur Behandlung seiner Krebserkrankung in Kuba befand, haben insgesamt 15 Wahlen stattgefunden. Also im Durchschnitt etwa ein Abstimmungsgang pro Jahr, was einen großen Unterschied zur darauffolgenden Amtsperiode von Maduro bedeutet, in der von Mai 2013 bis Mitte 2017 nur zwei Wahlen durchgeführt wurden: Die Präsidentschaftswahlen 2013 an sich,

Grafik 3: Wahlen in Venezuela im Zeitraum 1998 – 2017

Präsident	Wahltypus	Anzahl Wahlen
Hugo Chávez	Präsidentschaftswahlen 1998 (Amtsübernahme von Chávez)	15
	Volksabstimmung (neue Verfassung) 1999	
	Volksabstimmung (Genehmigung Verfassung) 1999	
	Präsidentschaftswahlen 2000	
	Parlamentswahlen 2000	
	Regional- und Lokalwahlen 2000	
	Abwahlreferendum Präsident 2004	
	Regional- und Lokalwahlen 2004	
	Parlamentswahlen 2005	
	Präsidentschaftswahlen 2006	
	Volksabstimmung (Verfassungsreform) 2007	
	Regional- und Lokalwahlen 2008	
	Volksabstimmung (unbegrenzte Wiederwahl Präsident) 2009	
	Parlamentswahlen 2010	
Präsidentschaftswahlen 2012		
Nicolás Maduro	Präsidentschaftswahlen 2013 (Amtsübernahme von Maduro)	5
	Parlamentswahlen 2015	
	Volksabstimmung (verfassungsgebende Versammlung) 2017	
	Regionalwahlen 2017	
	Lokalwahlen 2017	

Quelle: Eigene Darstellung

aus denen er als gewählter Präsident hervorging, und die Parlamentswahlen 2015. Die ebenfalls für diesen Zeitraum anstehenden Regional- und Lokalwahlen wurden immer wieder verschoben.

Nachdem die venezolanische Wahlbehörde CNE ein legitimes und legales Abwahlreferendum gegen Präsident Maduro mit fragwürdiger Argumentation zurückgewiesen hatte, genehmigte es im Jahr 2017 die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, als *Asamblea Nacional Constituyente (ANC)* bezeichnet, die von Maduro beantragt worden war. Ein Prozess, der von dem oppositionellen Parteienbündnis *Mesa de la Unidad Democrática (MUD)* den meisten Beobachtern, als Verfassungsbruch betrachtet, und entsprechend abgelehnt wird, da es im Gegensatz zu 1999 zu

keiner Volksabstimmung über deren Einberufung kam. Das Verfahren wurde fortgeführt und ausschließlich Repräsentanten des Regierungslagers in die Versammlung gewählt, was diese zu einem politischen Akteur macht, der nur mit einer Stimme spricht und abstimmt. Ein weiterer kritischer Punkt war in diesem Zusammenhang der mutmaßliche Wahlbetrug, der durch das Unternehmen *Smartmatic*, der Hersteller der in Venezuela genutzten Wahlautomaten, der für technische Verarbeitung der Stimmenabgabe verantwortlich ist, aufgedeckt wurde. Das Unternehmen sprach von einer Differenz von mindestens einer Million Stimmen, welche die Wahlbehörde über die tatsächliche Stimmenabgabe hinaus dem Ergebnis hinzugefügt haben dürfte.

Ungeachtet dieser kritischen Punkte und der Ablehnung der weder legalen noch

legitimen verfassungsgebenden Versammlung ANC durch die Opposition und die internationale Staatengemeinschaft, nahm diese ihre Arbeit auf. In Folge bereitete sie den Weg für die Durchführung der mehr als ein Jahr überfälligen Regionalwahlen, welche schließlich durch die Wahlbehörde angesetzt und im Oktober 2017 durchgeführt wurden. Die Opposition reklamierte abermals einen Wahlbetrug, da die Ergebnisse den Beobachtungen der eigenen Wahlbeobachter und den Umfragen widersprachen, die ein komplett entgegengesetztes Ergebnis vorausgesagt hatten. Die regierende Sozialistische Einheitspartei Venezuelas PSUV bekam 18 von 23 Gouverneursämtern zugesprochen und zwang die gewählten Gouverneure ihren Amtseid vor der – von der Opposition nicht anerkannten – ANC abzulegen. Der zum Gouverneur des Bundesstaats Zulia gewählte Oppositionspolitiker Juan Pablo Guanipa weigerte sich, dies zu tun, und durfte daher sein Amt nicht antreten. Und auch bei den angesichts des Erfolgs daraufhin eiligst angesetzten Bürgermeisterwahlen zwei Monate später zeigten sich vergleichbare Tendenzen. Die größten Oppositionsparteien boykottierten diese Wahl angesichts fehlender Transparenz und Garantien.

Es lässt sich zusammenfassen: Die 14 Jahre der Präsidentschaft Chávez waren geprägt von einer ständigen Anrufung der Wählerschaft. Auch diese Wahlen wurden mittels unterschiedlicher Mechanismen manipuliert: Strukturelle Anpassungen der Wahlkreiszuschnitte und der Zuweisung der Mandate; der Missbrauch staatlicher Medien für den Wahlkampf des Regierungslagers; der Missbrauch öffentlicher Mittel für Wahlkampfzwecke; die Vermischung der Sozialprogramme mit Wahlfragen; die Androhung des Verlusts von finanziellen Privilegien bei Abweichung von der „Wahlempfehlung“ der Regierung.¹¹ Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass Wahlen nach der Stimmenabgabe manipuliert wurden, unter anderem, da die Unterschiede bei den Wählerstimmen sehr

deutlich waren.¹² Dies steht ganz im Gegensatz zu Maduro, dessen Legitimität angesichts seines knappen Wahlsiegs über den Oppositionskandidaten Henrique Capriles von Beginn an hinterfragt und sein Wahlerfolg angezweifelt wurde.

Eine Zeitenwende und den Bruch in der Wahlgeschichte der Bolivarischen Revolution bedeuteten die Parlamentswahlen vom Dezember 2015, in denen das Oppositionsbündnis MUD zwei Drittel der Mandate gewann. Die große Verzögerung, mit der die Bekanntgabe der Resultate erfolgte, war ein Vorbote künftiger Entwicklungen: Ein Wahlbetrug bei der Besetzung der illegalen verfassungsgebenden Versammlung und ein solcher bei den Regionalwahlen im Oktober 2017. Es scheint als hätte das Regierungslager dadurch, auch im Angesicht eines nicht-charismatischen Populismus, einen Mechanismus zum dauerhaften Machterhalt gefunden, nämlich die Manipulierung des Wahlergebnisses in einer „Demokratie“, in der Wahlen keine Wahlen sind. Dies erscheint besonders deutlich wenn man sieht, dass nach einer langen Phase der Verzögerung von Wahlen im Jahr 2016 nunmehr im zweiten Halbjahr 2017 plötzlich überhastet reihenweise ausstehende Wahlen nachgeholt werden.

Der Wahlbetrug als politische Strategie, um die Opposition auseinander zu dividieren und die Wahlbeteiligung zu minimieren, hat besonders bei den Lokalwahlen vom Dezember 2017 die angestrebte Wirkung entfaltet: Mit einer Wahlbeteiligung von nur 47,32 Prozent, der geringsten seit dem Jahr 2004, eroberte das Regierungslager mehr als 300 von 335 Bürgermeisterämtern und feierte so einen vollständigen Wahlsieg, der den Unilateralismus vom Maduro stärkt indem es fast alle verbliebenen Bastionen des Pluralismus einnimmt.

Damit ist es inzwischen nicht mehr notwendig, dass das Regierungslager Manipulationen am Wahlergebnis vornimmt um eigene Kandidaten zu bevorteilen, da die

Oppositionswähler nunmehr die Stimmenabgabe verweigern und an den Wahlgängen nicht mehr teilnehmen. Letzteres ist das Ergebnis eines politischen Systems, das keinerlei Garantien auf ordnungsgemäße und rechtsstaatliche Verfahren leistet, und politischer Führer, von denen sich die Bürger nicht mehr repräsentiert fühlen. Der Wahlbetrug des nicht-charismatischen Populismus von Nicolás Maduro führt so zu seinem größten Übel in Form der Deskreditierung des Wahlsystems und einer Partizipation, die sich fast ausschließlich auf Mitarbeiter der „öffentlichen Verwaltung“, also Angehörige des aufgeblähten Staatsapparats, die zur Stimmenabgabe für das Regierungslager angehalten sind, und Anhänger der Regierungspartei, PSUV, stützt. Dies alles ermöglicht Maduro nunmehr eine Rückkehr auf den „Weg der Wahlen“.

Chávez' Bolivarische Revolution vs. Maduros „Säuberungspolitik“

Das politische Projekt von Hugo Chávez hatte einen Anstrich von Klientel- oder Klassenpolitik im populistischen Sinne, die Gesellschaft in zwei zu spalten. Darüber hinaus wusste er Symbole, Mythen, Überzeugungen und die Eigenarten der Venezolaner als Waffe zu seinem Vorteil zu nutzen. So nutzte er die Figur von Simón Bolívar zur Erschaffung der Fünften Republik und schaltete die Geschichte, die Bildung, das Staatswappen bis hin zum offiziellen Namen des Landes mit seinem politischen Projekt gleich. In diesem Sinne ist die „Bolivarische Republik Venezuela“ das Ergebnis eines Konvergenzprojekts, in dem nur diejenigen einen Platz fanden, die sich mit dem Weltbild des Führers dieses Projekts zu arrangieren vermochten. Diejenigen, die sich dem Vorhaben verweigerten, endeten auf der Seite der „Schwächlinge“, wie Chávez seine Gegner öffentlich bezeichnete, um diese zu diskreditieren.

Die persönliche Ausstrahlung von Chávez war so ausgeprägt, dass er nicht nur Identifikationsprozesse in seiner eigenen

Anhängerschaft auslöste, sondern auch zur Geschlossenheit bei seinen Gegnern beitrug. Der Ausdruck „Schwächlinge“ wurde gleichermaßen von der Opposition als identitätsstiftendes Etikett aufgegriffen und selbst zur Abgrenzung von den „Chavisten“ genutzt. Der Populismus von Chávez schuf eine Personifizierung, einen Personenkult, wie es ihn in dieser Form noch nie zuvor gegeben hatte. Die verbalen Angriffe kamen bei Teilen der Wahlbevölkerung gut an, was dazu führte, den hasserfüllten Worten auch Taten folgen zu lassen: Die Ablehnung der Oligarchie manifestierte sich in Enteignungen, die Ablehnung und der verbale Widerstand der Medien führte zu Schließung von Fernsehsendern und der Hass auf die politischen Gegner wurde durch die Verfolgung von Oppositionspolitikern und Richtern eine Realität. Dies vor allem mit dem Ziel, die eigenen Reihen zu schließen und die Treue der eigenen Anhängerschaft gegenüber der Bolivarischen Revolution sicher zu stellen.

Wenn wir nun den Blick auf Chávez' Nachfolger Nicolás Maduro richten, lässt sich beobachten, dass der politische Diskurs und die Konfrontation nicht nur aufrechterhalten wurden, sondern sogar noch radikaler und rücksichtsloser geworden sind. Dahinter steht das Ziel, Chávez nachzueifern und die Anerkennung als dessen Nachfolger und einzig legitimer Führer der Bolivarischen Revolution zu erhalten. Die harte Hand erscheint hier als eine Strategie, um sich den Respekt von Seiten der Opposition zu sichern, aber auch die Anerkennung innerhalb der linken Bewegung und der Regierungspartei PSUV. Mit dem Tod von Chávez und der Übergabe des „Throns“ mit dessen Gnade an Maduro ist die Regierbarkeit Venezuelas schwieriger geworden. Dies unter anderem durch den Ölpreisverfall, die Stärkung der Opposition, die Kritik an der Politik einer immer weiter zunehmenden Annäherung an Kuba aus Teilen des Regierungslagers und nicht zuletzt die tiefgreifende Wirtschaftskrise und der Verlust an Lebensqualität für die venezolanische Bevölkerung.

Die Antwort der Regierung Maduro auf all diese Herausforderungen ist nicht etwa ein ernsthafter Dialog und die Suche nach einer Annäherung an die Opposition, sondern die Verschärfung der eigenen Positionen und die Verfolgung jeglicher abweichender Meinung. Eine wahre Hexenjagd gegen zivilgesellschaftliche Organisationen, oppositionelle Studenten, Fernsehsender, Journalisten, Politikern bis hin zu Komödianten ist Ausdruck dieser Haltung. Das wirklich überraschende an dieser Entwicklung ist das Vorgehen gegen die Gegner innerhalb der eigenen Bewegung im bildlichen Sinne stalinistischer Säuberungen, in der der damalige Führer der Sowjetunion, gegen all diejenigen vorging, die in der Vorgängerregierung unter Lenin eine bedeutende politische Funktion innehatten. Bei Maduro sind es die langjährigen Weggefährten von Chávez, die nun Schritt für Schritt politisch kaltgestellt und zum Teil mittels der „Justiz“ verfolgt werden. Ein Beispiel ist die Verfolgung der Generalstaatsanwältin Luisa Ortega, die dem Machtanspruch Maduros im Rahmen ihrer Amtsbefugnisse rechtliche und verfassungsmäßige Grenzen aufzeigte, was den Präsidenten dazu brachte, ihre Absetzung und die Eröffnung eines Verfahrens zu erreichen.

Dies alles zeigt, dass der Populismus, auch wenn er teilweise nach den Regeln der Demokratie spielt, kein demokratisches Projekt ist. Dies wird im Fall Venezuelas ganz besonders deutlich, wo, auch wenn die Bolivarische Revolution über den Weg von Wahlen an die Macht kam, diese in Polarisierung, Konfrontation und eine unverantwortliche Wirtschaftspolitik abgeglitten ist.¹³ In diesem Sinne kommen beide hier beschriebenen Versionen des Populismus darin zusammen, dass sie die Demokratie als Schützengraben zur Verteidigung ihrer radikalen Ideale missbrauchen und unter dem verschleiernenden Schlagwort der „Democracia protogónica“, der partizipativen Demokratie, die Verletzung der Menschenrechte zu rechtfertigen, wie im Fall der Studentenproteste des Jahres 2014.

Der charismatische Populismus des Hugo Chávez fand seine Ankerpunkte in sich selbst und konnte sich auf die Darstellung von Erfolgsindikatoren, die eigenen Wahlsiege und die Hegemonie der Bolivarischen Revolution stützen. Der nicht-charismatische Populismus von Nicolás Maduro hingegen, setzt auf die Verdunkelung von Statistiken, Wahlbetrug sowie die Verfolgung von politischen Gegnern in der Opposition wie auch der eigenen Bewegung. Dies deutet darauf hin, dass der nicht-charismatische Populismus notwendigerweise stärker auf einen radikaleren Diskurs und das Bekämpfen von (Meinungs-)Unterschieden, also eine ungeschminkte, aggressivere Form des Autoritarismus setzen muss, bei der die Wege der Demokratie nur mittels Abkürzungen gekreuzt werden. Daher wird sich eine Regierung, wie die von Maduro, weiterhin an die Macht klammern und alle denkbaren Winkelzüge anwenden, um einen politischen Wandel zu verhindern.

|| Sergio Angel Baquero

Professor für Politikwissenschaft an der Universidad Sergio Arboleda, Bogotá

Übersetzung aus dem Spanischen:

|| Benjamin Bobbe

Projektleiter Kolumbien und Venezuela der Hanns-Seidel-Stiftung

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Weyland, K., (2004): Clarificando un concepto: “el populismo en el estudio de la política latinoamericana,” in: *Releer Los Populismos, Diálogos*. Centro Andino de Acción Popular, Quito.
- ² Vgl. Romero, G.A.B., (2013): *El populismo como concepto en América Latina y en Colombia*. Estud. Políticos.
- ³ Vgl. Retamozo, M., (2014): *Populismo en América Latina: desde la teoría hacia el análisis político*. Discurso, sujeto e inclusión en el caso argentino*. Colomb. Int.
- ⁴ Vgl. Weyland, K., (2004).
- ⁵ Vgl. Otálvaro, A., (2009): *Una nueva estrategia de política social en América Latina como alternativa al neoliberalismo: el caso de las misiones bolivarianas en Venezuela*. Análisis Político 22.
- ⁶ Vgl. Alvarado, N., (2012): *El modelo endógeno socialista de Venezuela y sus estrategias de inclusión social*. Rev. Cienc. Soc. Ve XVIII.
- ⁷ Vgl. López Maya, M., (2004): *Democracia Participativa y Políticas Sociales en el Gobierno de Hugo Chávez Frías*. Rev. Venez. Gerenc. 9.
- ⁸ Vgl. Otálvaro, A., (2009).
- ⁹ Vgl. Parra-Sandoval, M.C., (2015): *Venezuela: las políticas de educación superior en el proceso revolucionario*. Propues. Educ. 43.
- ¹⁰ Vgl. García-Guadilla, C., (2012): *Polarización y tensiones en la educación superior venezolana*. Rev. Iberoam. Educ. Super. 3.
- ¹¹ Vgl. Arenas, N., (2007): *Poder reconcentrado: el populismo autoritario de Hugo Chávez*. Politeia 30.
- ¹² Vgl. Romero, C.A., (2013): *La Revolución Bolivariana: sinopsis de una permanente ambigüedad*. Desafíos 25.
- ¹³ Vgl. Paramio, L., (2006): *Giro a la izquierda y regreso del populismo*. Nueva Soc. 2005.